
Bioenergien als einen Baustein der Energiewende verantwortlich nutzen

Fehlentwicklungen stoppen, Nachhaltigkeit fördern, Klima- und Naturschutz zusammen voranbringen

Aufgrund des Klimawandels und der Verknappung fossiler Energieträger ist der Umbau der Energieversorgung eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Die Energieversorgung der Zukunft muss auf erneuerbaren klimaneutralen Energieträgern basieren, dezentral strukturiert und deutlich effizienter sein. Die energetische Nutzung der Biomasse ist wie die direkte Nutzung der Sonnenenergie, der Wind- und Wasserkraft sowie die Nutzung der Geothermie ein Baustein dieses zukünftigen Energiemixes.

Damit die Entwicklung der Bioenergie nachhaltig erfolgt, sind entsprechende politische Rahmenbedingungen zu setzen.

Bioenergie ist eine sowohl grundlast- als auch spitzenlastfähige regenerative Energiequelle. Bioenergien können und müssen zu unserem Ziel einer vollständigen Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien positiv beitragen.

Niedersachsen ist bundesweiter Spitzenreiter bei Biogasanlagen. Über 1.300 Anlagen haben eine potentielle Leistung von über 600 Megawatt Strom. Tendenz steigend. Allein in den letzten zwei Jahren wurden über 400 neue Anlagen gebaut. Mittlerweile werden knapp 6% des Strombedarfs durch Biogasanlagen gedeckt. Die Bioenergie leistet damit einen spürbaren Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von ländlichen Regionen. Grünes Ziel muss es sein, durch eine geeignete Steuerung Bioenergie positiv zu entwickeln und ökologische Fehlentwicklungen zukünftig zu vermeiden.

Da Biogasanlagen bisher überwiegend als sogenannte Nawaro-Anlagen, also auf Basis von nachwachsenden Rohstoffen betrieben werden, wächst ebenso auch der Energiepflanzenhunger.

Vermaisung stoppen und Grundwasser schützen

Ein großes Problem in Niedersachsen ist die durch politische Fehlsteuerung stattfindende massive Vermaisung und die damit verbundenen Monokulturen. Die Entscheidung der großen Koalition, im Jahre 2009 den sogenannten Mais-Bonus für nachwachsende Rohstoffe (Nawaro-Bonus) auf 7 Cent weiter zu erhöhen und die Förderung insgesamt stärker auf Großanlagen auszurichten, hat dazu ebenso beigetragen, wie die Zulassung von artenarmen Monokulturen.

In Niedersachsen hat der Maisanbau 2011 mit zusätzlichen 83.000 ha – das ist mehr als die gesamte in Niedersachsen ökologisch bewirtschaftete Fläche – neue Rekordhöhen erzielt. Mit insgesamt 615.000 ha Maisanbau ist mittlerweile ein Drittel der Ackerfläche und ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Mais bewachsen. In einigen Regionen Niedersachsens sind Maiswüsten die dominierende Landschaftsform geworden.

Diese ökologisch toten Agrarsteppen haben ebenso wie die agrarindustrielle Landwirtschaft insgesamt erhebliche nachteilige Folgen für Böden, Grund- und Oberflächenwasser,

Landschaftsbild und biologische Vielfalt. Bereits jetzt sind über 60% der Grundwasserkörper in Niedersachsen in einem schlechten Zustand. Pestizide vergiften die Umwelt, Bienensterben und Artenrückgang sind weit verbreitet. Der Getreideanbau ist in Niedersachsen mit unter 800.000 ha dagegen auf einem historischen Tiefstand.

Gleichzeitig geht das für den Schutz von Wiesenvögeln wichtige Grünland in Niedersachsen massiv zurück. Selbst auf Moorstandorten wird mittlerweile in großem Umfang Energiemaisanbau betrieben.

Ackerbau auf Moorstandorten setzt die in den Torfschichten gebundenen Klimagase Stück für Stück frei. Deshalb bedeutet verantwortungsvoller Klimaschutz ein Verbot des Ackerbaus an Moorstandorten.

Da die große Koalition im Bund es versäumt hat, rechtzeitig bei der Biogasförderung ökologisch nachzujustieren, konnte es zu der Zunahme des Energie-Maisanbaus kommen.

In Niedersachsen steigen durch den zunehmenden Flächenverbrauch die Pachtpreise, so dass Nahrungsmittelerzeugung gegenüber Energiepflanzenerzeugung an Rentabilität verliert. Selbst der klima- und umweltpolitisch vorteilhafte Ökolandbau ging 2010 in Niedersachsen mangels politischer Förderung und Unterstützung seitens der Landesregierung erstmals zurück. Allein im ersten Halbjahr 2011 gaben in Niedersachsen 6% der Milchbauern überwiegend in den Grünlandregionen auf. Trotzdem werden nach wie vor Megakuhställe mit genmanipuliertem Importfutter von mehr als 3.000 Kühen politisch gefördert.

Es geht auch ohne Mais – Alternative artenreiche Wildpflanzen!

Dass auch ohne Maismonokulturen hohe Erträge zu erzielen sind, zeigen vielversprechende wissenschaftliche Feldstudien in Niedersachsen und Bayern. Mit artenreichen und bienenfreundlichen Wildpflanzen können heute schon fast so hohe Erträge wie mit Mais erzielt werden. Hinzu kommt, dass diese naturfreundlichen Energiepflanzen anders als Mais nicht gedüngt und mit Pestiziden behandelt werden müssen. Auch die für den Maisanbau nötige intensive Bodenbearbeitung und die damit verbundene Auslaugung der Humusschichten werden vermieden. Lediglich die aktuelle Förderungspolitik macht Wildpflanzenanbau und Reststoffnutzung oft unrentabel. Statt sich aber jetzt erneut auf eine einzelne Nutzpflanze zu konzentrieren und dadurch weiterhin die Monokultur zu fördern, ist mehr Vielfalt in der Biogasnutzung vorzuschreiben.

Artenreiche und pestizidfreie Wildpflanzenmischungen, die auch Bienen und anderen Insekten eine gute Nahrung bieten, sind dabei intensiven Monokulturen von Mais, Raps, Zuckerrüben oder Sonnenblumen vorzuziehen.

Auch mit Sonnenblumen, Zuckerhirse oder Sudangras lassen sich hohe Erträge erzielen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten ferner Grünlandschnitt und ökologische Kurzumtriebsplantagen mit Holz für energiereiche und naturschutzfreundliche Alternativen. Außerdem sollten Gartenabfälle vermehrt kompostiert oder in Biogasanlagen energetisch genutzt werden, statt sie in den von der Landesregierung gewollten Brenn- und Kokeltagen energetisch zu verschwenden und erhebliche Belastungen in die Luft zu pusten.

Holz nachhaltig nutzen

Es ist weder klimapolitisch sinnvoll noch ökologisch vertretbar, Holz oder Holzprodukte für eine energetische Nutzung zu importieren, weil auf diese Weise andernorts großflächige Kahlschlagswirtschaft, eine nicht nachhaltige Holzproduktion in Monokulturen sowie die Zerstörung borealer und tropischer Urwälder gefördert würden.

Holz fällt bei uns als Rest- und Durchforstungsholz bei einer nachhaltigen Waldwirtschaft oder als Straßenbegleitgrün etc. an. Wenn aus natur- und umweltschutzfachlicher Sicht Kurzumtriebsplantagen zum Beispiel in erosionsgefährdeten Gebieten sinnvoll sind, können hierdurch die verfügbaren Holzpotenziale erhöht werden. Die Nutzung von Schwachholz in Holzheizkraftwerken ist ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von CO₂ durch fossile Emissionen und oft effizienter als Energiepflanzenanbau. Für die Nutzung von Landschaftspflegeholz ist ein erhöhter Bonus zu zahlen, wenn sie zur Bereicherung des Landschaftsbildes und Naturhaushaltes beitragen. Auf den Anbau gebietsfremder Arten und gentechnisch veränderter Pflanzen ist zu verzichten und die Holzernte auf den Zeitraum von November bis März zu begrenzen.

Auch Stroh bietet ein zusätzliches Potenzial, das nach der Entwicklung geeigneter emissionsarmer Techniken für die Strohverbrennung genutzt werden kann. Durch einen verstärkten Einsatz von Holz aus und in den jeweiligen Regionen können kurzfristig erhebliche Minderungen von Treibhausgasemissionen im Wärmebereich erreicht werden. Da es sich hierbei um eine stationäre Verbrennung handelt, sind diese Minderungen – etwa im Vergleich zum Bereich Mobilität – sehr einfach umzusetzen, da alle notwendigen Techniken verfügbar und auch wirtschaftlich einsetzbar sind.

- Im kommunalen Bereich ist spätestens bei der Notwendigkeit des Ersatzes von bestehenden Heizkesseln in Schulen, Verwaltungsgebäuden etc. zu überprüfen, ob nicht Biomassekessel in Kombination mit solarthermischen Anlagen installiert werden können.
- Bei der Versorgung von Nahwärmenetzen ist zu überprüfen, ob nicht Biomasse alternativ oder ergänzend zu den häufig bislang verwendeten fossilen Brennstoffen verwendet werden kann.

Ferner soll sich das Land Niedersachsen auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Förderung von nachhaltig produzierten biomassebasierten Heizkesseln durch das Marktanreizprogramm des Bundes verbessert wird.

Bioenergie und Klimaschutz

Die Förderung von Bioenergien muss sich klar und eindeutig an ihrem Nutzen für den Klima-, Umwelt- und Naturschutz ausrichten und nicht an den Gewinninteressen einzelner Energie- und Agrarkonzerne, die dort ein neues Geschäftsfeld entdecken. Dazu gehört eine sozial und ökologisch ganzheitliche Betrachtung auch der Vorproduktion und des Rohstoffeinsatzes in den Biogasanlagen.

Vernünftig genutzte Bioenergien auf Grünland-, Reststoff- oder Wildpflanzenbasis ermöglichen es Klimaschutz, Naturschutz und Energie-Unabhängigkeit zu verbinden. Weil die Ökobilanz von Bioenergien je nach Energiepflanze, Anbauform und Verwendungszweck sehr unterschiedlich und in einigen Fällen sogar negativ ausfällt, wollen wir den nachhaltig-ökologischen Anbau von Energiepflanzen ohne Risiken und Probleme für Umwelt, Natur, Landschaftsentwicklung und Klima.

In unserem Grünen Energieszenario kommen wir nach Reduzierung des Energieverbrauches um die Hälfte auf einen Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die Biogaspflanzenproduktion von maximal 13%. Eine notwendige Erhöhung des Bioenergieanteils an der Strom- und Wärmenutzung wollen wir durch höhere Effizienz (insbesondere durch Kraft-Wärme-Kopplung) und vermehrte Nutzung von Rest- und

Abfallstoffen ohne zusätzlichen Flächenverbrauch erreichen. So sind insbesondere kommunale Bioabfälle wie Grün- und Strauchschnitt sowie Gülle in weit höheren Anteilen als bislang energetisch zu nutzen.

Regional betrachtet, sehen wir die Grenze bei 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche für den Energiepflanzenanbau erreicht.

Global denken – lokal handeln

Der zunehmende Energiepflanzenanbau steht aufgrund der begrenzten Anbaufläche bei uns und weltweit in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion und zu Flächen für den Natur- und Artenschutz. Zwar wurde schon immer ein gewisser Anteil der landwirtschaftlichen Fläche für Mobilität und Energiegewinnung (etwa für Pferde, Ochsenkarren oder zur Brennstoffgewinnung) genutzt, aber weltweit nimmt der Nutzungsdruck auf Regenwälder, Moore und andere sensible Ökosysteme, insbesondere wegen der steigenden Nachfrage der Industrieländer nach Agrotreibstoffen und der Futtermittelproduktion für den wachsenden Fleischkonsum, deutlich zu.

Das betrifft unter anderem die Vernichtung des brasilianischen Regenwaldes für die Ethanol- und Futtermittelproduktion sowie der indonesischen Urwälder und Moore für die Palmölproduktion. Dabei ist nicht nur die CO₂-Bilanz, sondern auch der Verlust an Biodiversität katastrophal.

Außerdem verschärft der wachsende Hunger auf Fleisch und Energie sowie das sogenannte „Landgrabbing“ (2009 gingen weltweit 47 Millionen Hektar Land an große Finanzinvestoren) den Hunger von mittlerweile über einer Milliarde Menschen. Mehr als ein Drittel der weltweiten Getreideernte landet mittlerweile in den Futtertrögen von Massentierhaltungsanlagen. Entwicklungsorganisationen und Kirchen haben recht: Unsere Schweine, Rinder und Hühner fressen das Brot der Armen!

In den Industriestaaten müssen wir daher unseren überzogenen Fleischkonsums und Energieverbrauch deutlich senken. Denn wir haben nur diese eine Erde und unser ökologischer Fußabdruck ist bei weitem zu hoch. Zukünftig werden auch vermehrt Flächen für Pflanzen zur stofflichen Verwertung als Ersatz von Kunststoffen benötigt. Maßnahmen gegen Fleisch(export-)subventionen etwa für Hühnerfleisch, Tierfabriken und für mehr Energieeinsparung sind daher ein wesentlicher Schlüssel für mehr Gerechtigkeit auf der Welt.

Fehlentwicklungen stoppen, Nachhaltigkeit fördern

Weil für eine kluge Energiewende der Nutzung der Bioenergie eine wichtige Rolle in der Klima- und Energiepolitik zukommen muss, setzen wir uns für eine nachhaltige dezentrale Energieerzeugung aus Pflanzen ein

Für einen verantwortbaren und nachhaltigen Einsatz von Bioenergien müssen folgende Kriterien gelten::

1. Nahrungsmittel zuerst!

Menschen in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern dürfen den Energie- und Fleischkonsum der Industrieländer nicht mit Hunger und Tod bezahlen. Eine Einschränkung der

Nahrungsmittelproduktion zu Gunsten von Futtermittelherstellung für Tierfabriken und dem Anbau von Energiepflanzen führt zu zunehmender Landknappheit, erhöhten Weltmarktpreisen und belastet gerade die Bevölkerung armer Regionen. Erhebliche Anteile der landwirtschaftlichen Produktion und von Nahrungsmitteln dürfen nicht bei Transport und Lagerung verloren gehen oder ungenutzt weggeworfen werden.

2. Effizienz und Einsparung bleiben wichtig

Beim Klimaschutz müssen Energieeinsparung und Energieeffizienz absoluten Vorrang haben. Jede eingesparte Kilowattstunde Energie und jede eingesparte Flächennutzung ist besser als deren Ersatz durch alternative Energien. Deshalb kritisieren wir mit Nachdruck den von der Bundesregierung forcierten Beschluss der EU, den Einsatz von Biotreibstoffen auf die ohnehin viel zu hohen Obergrenzen des CO₂-Ausstoßes von PKW anzurechnen.

Weg mit der Beimischungspflicht: Die Beimischungspflicht von Biokraftstoffen zu fossilen Kraftstoffen ist klimaschutz-, energie- und ernährungspolitisch unsinnig und muss aufgehoben werden. Bei einem PKW mit durchschnittlichem Kraftstoffverbrauch reicht der Energieertrag eines Hektars Ackerfläche bei Einsatz reinen Biokraftstoffes lediglich für eine Entfernung von 22.400 km. Bei Verwendung von Biomethan in einem erdgasbetriebenen Fahrzeug kann von der gleichen Fläche eine Reichweite von 67.600 km erreicht werden. Der Einsatz von Biomethan sollte deshalb auch in kommunalen Fahrzeugen erprobt werden.

3. Biomasse energieeffizient nutzen!

Wir wollen zukünftig solche Nutzungsformen der Bioenergie fördern, die unter Beachtung ökologischer Kriterien den bestmöglichen Energieertrag pro Flächeneinheit versprechen. Dieses gilt nicht zuletzt für die Stromproduktion aus Biomasse in Kraft-Wärme-gekoppelten Anlagen. Ohne eine sinnvolle Nutzung der bei der Stromproduktion zwangsläufig anfallenden Wärme werden lediglich Wirkungsgrade zwischen 30 und 45% erreicht. Dieses ist grundsätzlich nicht vertretbar; es sollte durch Kraft-Wärme-Koppelung ein Mindestwirkungsgrad von 75% erreicht werden. Falls eine hinreichende Wärmenutzung nicht möglich ist, müssen Produktion und Verstromung von Biogas räumlich getrennt werden. Zum Transport des auf Erdgasqualität aufbereiteten Biogases können in der Regel vorhandene Erdgasleitungen genutzt werden. Dörfern und Stadtteilen, die auf diese Weise mittels Kraft-Wärme-Koppelung ihren Strom und Wärmebedarf sicherstellen wollen, kann eine Anschubfinanzierung gewährt werden.

4. Regionale, bäuerliche und dezentrale Wirtschaftskreisläufe gehen vor Großproduktion mit weiten Transportwegen.

5. In Deutschland und der EU ist die Landwirtschaft insgesamt und nicht nur zur Erzeugung von Energiepflanzen konsequent zu ökologisieren.

6. Tierquälerische Massentierhaltung lehnen wir ab. Wir Grüne wollen den Fleischkonsum durch Streichung aller Subventionen und klare Umwelt- und Tierschutzvorgaben deutlich reduzieren. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur Reduzierung des Flächendrucks.

Daraus leiten wir die nachfolgenden Forderungen ab:

1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ausschließlich heimische Bioenergien fördern. Die Einfuhr nicht nachhaltig produzierter Energie-Biomasse halten wir zur Zeit nicht für

verantwortbar, solange diese massiv zur Vernichtung tropischer und borealer Urwälder, wertvoller Moore und anderer biologisch wertvoller Flächen beitragen. Ein Greenwashing unserer europäischen Klimabilanz durch Import von Bioenergien aus Ländern des Südens zu Lasten des Weltklimas lehnen wir ab.

2. Vorrangig sind die Bioenergien voranzutreiben, die einen größtmöglichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die stationäre energetische Biomassenutzung vermeidet drei- bis fünfmal mehr Treibhausgasemissionen als heutige Biokraftstoffe. Die Beimischungspflicht von Biotreibstoffen zu konventionellen Treibstoffen muss deshalb aufgehoben und Steuersubventionen gestrichen werden. Statt des von Schwarz-Gelb geplanten Ausbaus des Torfabbaus und der Moorzerstörung wollen wir sowohl eine Herausnahme von Moorflächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung und Wiedervernässung zur Bindung von CO₂. Mit dem Schutz unserer natürlichen CO₂-Speicher, den Mooren, können wir wirksamer zum Klima- und Naturschutz beitragen, als durch Energiepflanzenanbau oder Landwirtschaft auf diesen Böden. Statt Torf sind nur noch alternative Ersatzstoffe im Gartenbau zu verwenden.

3. Für die Ökologisierung der Landwirtschaft müssen beim Anbau von Nahrungs-, Futter- und Energiepflanzen folgende Kriterien verpflichtend eingehalten werden:

- Mindestens eine viergliedrige Fruchtfolge auf den landwirtschaftlichen Flächen,
- Kein Einsatz von Agrogentechnik. Das heißt auch, dass bei Gülle aus Betrieben, die gentechnische Importfuttermittel einsetzen, kein Anspruch auf EEG-Förderung besteht. Wir wollen die heimische, gentechnikfreie Landwirtschaft fördern und keine Gentechnik über die Hintertür der Bioenergienförderung,
- Einhaltung von mindestens 10% ökologisch wertvoller Strukturelemente wie Blühstreifen, Hecken oder Biotope,
- Keine Verwendung von Dünger und Pestiziden in einem Gewässerrandstreifen von 10 Metern,
- Eine Begrenzung des Stickstoffbilanzüberschuss auf 50kg/ha und Jahr,
- Verbot des Grünlandumbruchs,
- Erstellung einer Humusbilanz zur Sicherung der Bodenfruchtbarkeit,
- die Begrenzung des Energiepflanzenanbaus auf nicht mehr als 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in einer Region.

Nur bei Einhaltung dieser Regeln sind die entsprechenden EU-Prämien- und EEG-Zahlungen zu leisten. Die Nachhaltigkeitsverordnung des EEG hat das entsprechend zu beachten.

4. Artenvielfalt statt Monokulturen

Mit für Bienen und andere Insekten sinnvollen Wildpflanzen wurden gute Erfahrungen bei der Biogasproduktion gemacht. Sie sind ohne Pestizide und großen Aufwand anbaubar und helfen bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt. Auch werden ihre energetischen Erträge immer besser. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen solche ökologischen Wildenergiepflanzenmischungen verstärkt fördern, da Ihnen die Zukunft gehört.

5. Mehr Effizienz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf mehr Effizienz bei Biogasanlagen. Daher müssen Neuanlagen grundsätzliche Strom und Wärme nutzen, Kraft-Wärme gekoppelt sein ein vernünftiges Wärmekonzept vorlegen oder die Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz vorsehen. In einem Gaseinspeisegesetz sind die Bedingungen

klar zu definieren. Für kleinbäuerliche Kreislaufanlagen unter 75 KW sind Ausnahmen möglich. Auch sind alle Biogasanlagen auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik emissionsarm zu bauen und mit einer Flamme zum Abbrennen des Methanausstoßes auszustatten. Das Ablassen von klimaschädlichem Methan in die Umwelt muss verhindert werden.

6. Keine Förderung der Massentierhaltung
Oft werden tierquälerische Agrarfabriken erst im Zusammenhang mit den Subventionen aus der energetischen Nutzung der Gülle und des Hühnerkots überhaupt rentabel. In der von CDU und FDP verabschiedeten jüngsten Novelle der Biogasvergütung wurde in letzter Minute auf Druck der Agrarlobby Hühnerkot und -exkremente aus Massentierhaltungsanlagen fälschlicherweise in die Kategorie der „ökologisch wünschenswerten“ Einsatzstoffe einsortiert. Dadurch werden sie mit 8 Cent vergütet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen agroindustrielle Massentierhaltung ab und wollen auch im Rahmen des EEG nur tiergerechte Haltungsformen und ökologische Weidehaltung unterstützen. So sollen Großanlagen von der Privilegierung ausgeschlossen werden und Schutz- und Vorranggebiete erleichtert werden. Bäuerliche Anlagen haben grundsätzlich Vorrang vor großindustriellen Anlagen.

7. Gesundheitliche Auswirkungen ernst nehmen
Hinweise auf Gefahren von Biogasanlagen nehmen wir ernst und wollen sie weiter beobachten und untersuchen. Dazu gehört unter anderem, die Keimbelastung durch hohe Temperaturen oder geeignete Technik zu reduzieren. Schlachtabfälle, wie von der Landesregierung gewollt, gehören für uns weiterhin nicht in Biogasanlagen, da uns die Gesundheitsgefahren zu groß erscheinen. Auch die Substrate sind auf Krankheitserreger, Medikamentenreste aus der Massentierhaltung und Schadstoffe zu untersuchen. Auf die Gärreste ist die Düngemittelverordnung strikt anzuwenden und zu überprüfen. Eine Überarbeitung der in Biogasanlagen zulässigen Positiv- und Negativliste für Rest- und Abfallstoffe ist überfällig.
8. Änderungen am Boni-System EEG:
Das jetzige EEG ist mit einer Vielzahl von Boni völlig überfrachtet. Zudem steuern viele Boni in die falsche Richtung. So fördert beispielsweise der von der Großen Koalition in den Jahren 2009 und von schwarz-gelb im Jahre 2010 weiter angehobene Nawaro-Bonus den Maisanbau gegenüber der Reststoffnutzung und macht der Güllebonus die industrielle Massentierhaltung oft erst rentabel. Fachliche Vorgaben zur landwirtschaftlichen Praxis und zu Wärmekonzepten sind unzureichend oder werden nicht eingehalten.

Wenn wir ernsthaft die gesetzten Klimaziele erreichen wollen, muss das EEG strikt auf Klima- und Naturschutz ausgerichtet werden

Neben der degressiv gestalteten Grundvergütung bei der gestaffelt kleine Anlagen bis 75 kW als bäuerliche Anlagen und bis 250 KW zu Lasten sehr großer Anlagen mit mehr als 2.500 KW deutlich besser gestellt werden müssen, soll es in Zukunft nur noch drei Vergütungsmöglichkeiten geben:

1. Einen gestaffelten Umweltbonus für eine besonders ökologische Erzeugung (etwa Nutzung von wilden Blühpflanzenmischungen für die Biogasproduktion, besonders emissionsarme Anlagen etc.)

2. Einen Malus für den Anteil von Energienutzpflanzen an der Gesamtbiogasproduktion. So wird die Verwendung von Grünschnitt, Wildpflanzen und Abfallstoffen lukrativer.
3. Eine Förderung der kurzfristigen Speicherung von Biogas
4. Wenn Strom aus anderen regenerativen Energiequellen den akuten Bedarf nicht deckt, kann auch eine gezielte Verstromung von Biogas gefördert werden

Um der zunehmenden Vermaisung wirksam Einhalt zu gebieten, soll die Grundvergütung nur gezahlt werden, wenn eine Mischung von Energiepflanzen zum Einsatz kommt, in der Mais mit höchstens 25% der Trockenmasse enthalten ist

Die Gesamtförderung für Neuanlagen ist an den energie-, klima- und umweltpolitischen Ausbauzielen sowie dem Anteil an der Landnutzung jährlich neu zu berechnen.

9. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, alle Agrarexportsubventionen, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern, zu streichen, da diese die Lebensmittelproduktion vor Ort massiv stören. Auf kommunaler Ebene fördern die OV- und KV-Partnerschaften mit Städten und Gemeinden aus diesen Ländern.

Mehr Bürgerbeteiligung bei Genehmigungsverfahren

Wir Grüne wollen außerdem eine frühzeitigere und umfassendere Öffentlichkeits- und Verbändebeteiligung beim Bau von Biogasanlagen.

Über das BauGB sollen Kommunen verbesserte Steuerungsmöglichkeiten erhalten. So sollen Großanlagen von der Privilegierung ausgeschlossen werden und die Einrichtung von Schutz- und Vorranggebieten erleichtert werden. Dezentrale Anlagen in Form von BürgerInnen-genossenschaften oder Bioenergiedörfern mit möglichst hohen Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen vor Ort oder von kommunalen Stadtwerken haben für uns grundsätzlich Vorrang vor großindustriellen Anlagen von Agro- oder Energiekonzernen. Auch hier gilt unser Leitsatz: Energie als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge in Bürgerhand. Regionale Raumordnungsprogramme sollen Steuerinstrumente für eine Förderung solcher Anlagen aber auch notwendigenfalls für die Begrenzung der Anlagendichte haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen wollen mit diesen Leitlinien die Bioenergieproduktion weltweit aber auch bei uns nachhaltiger und besser machen. Sie dienen als Orientierungshilfe für die notwendigen Änderungen am EEG, dem landwirtschaftlichen Ordnungsrecht, dem Bundesimmissionsschutzgesetz, dem Baugesetzbuch und zahlreichen Verordnungen und Erlassen.

Für einen frühen Ausstieg aus der Risikotechnologie Atom und die richtigen Weichenstellungen für die Energiewende müssen alle Förderprogramme und alle ordnungsrechtlichen Maßnahmen im Dialog mit allen Beteiligten ständig weiterentwickelt werden.

Verantwortlicher Klimaschutz und der Schutz der Ökosysteme Boden, Wasser, Luft erfordern eine Neuausrichtung der Biogasproduktion.